



► Berlin.NABU.de ► Themen ► Baumschutz ► Baumschutz-News

Besuch aus China in der Oderberger Straße

Eine Delegation der KP China erforscht Vor- und Nachteile von Bürgerbeteiligungen

In die Oderberger Straße kam am 8. November 2008 hoher Besuch. Eine Delegation des Zentralkomitees der Kommunistischen Partei Chinas war auf Einladung des Bundesvorstandes von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN nach Berlin gereist. Im Rahmen des Leitthemas „Nachhaltigkeit“ wurde ein Besuch der Bürgerinitiative Oderberger Straße (BIOS) in das Protokoll mit aufgenommen. Chinesische Vertreter von Partei und Wirtschaft, der Bundesvorsitzende von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Reinhard Bütikofer, der Pankower Stadtrat Jens-Holger Kirchner sowie Vertreter von BIOS, BUND und NABU nahmen am Gespräch und anschließendem Rundgang durch die Oderberger Straße teil. Die Delegation wollte mit eigenen Augen sehen und erleben wie Bürger Verantwortung für die Gestaltung ihres Wohnumfeldes übernehmen und sich im Planungsprozess aktiv einbringen. Die chinesischen Vertreter waren sehr interessiert und hatten viele Fragen: Wie ist die Bürgerinitiative entstanden? Gab es Autoritäten, welche die Bürgerinitiative von Anfang an leiteten? Wie wurden die Sprecher gewählt? Wie setzten sie ihre Interessen und Vorstellungen zur Gestaltung ihrer Straße gegenüber den Behörden durch?



Die Delegation beim Rundgang durch die Oderberger / Foto: Karge

BIOS als Vorzeigeprojekt für Bürgerbeteiligung in Planungsprozessen?



Anwohner bei Pflegearbeiten / Foto: Karge

So einfach ist es nicht gewesen. Als die Sanierungspläne des Bezirksamtes (BA) Pankow und der Gesellschaft S.T.E.R.N. (Gesellschaft der behutsamen Stadterneuerung mbH) in einer offenen Anwohnerversammlung im Rathaus Pankow im September 2007 vorgestellt wurden, gab es Proteste. Denn der Sanierungsplan sah vor, die von den Anwohnern liebevoll gestalteten grünen Flächen und Gehwegvorstreckungen durch eine sterile Neugestaltung zu ersetzen und einen großen Teil des Straßenbaumbestandes zu fällen. An Begründungen zur Notwendigkeit dieser geplanten Maßnahmen fehlte es von Seiten des Bezirksamtes Pankow nicht.

Doch die kritischen Anwohner nahmen es nicht so hin. Sie mussten sich ihr demokratisches Recht auf Mitgestaltung ihres Wohnumfeldes bei den Behörden hart erkämpfen und ließen nicht locker. Noch im September 2007 gründeten die Bewohner der Oderberger Straße die Bürgerinitiative Oderberger Straße (BIOS). Sie erstellten eine Erfassung des vorhandenen Grüns, stellten die geplanten Baumfällungen in Frage und bestanden auf den Erhalt des angelegten Grüns in den Pflanzkübeln, Hochbeeten und Baumscheiben sowie auf den Erhalt des Grüns auf den Gehwegvorstreckungen. Auf der BVV-Sitzung des Bezirksamtes Pankow im Oktober 2007 wurde schließlich die gemeinsame Erarbeitung einer neuen Planung durch das Bezirksamt in Zusammenarbeit mit der Betroffenenvertretung und der BIOS beschlossen. 90 Prozent des Grüns sollte erhalten bleiben

In einem Planungsworkshop wurde im Februar 2008 gemeinsam mit BIOS, Vertretern des Bezirksamtes und der Naturschutzverbände eine neue Planungsgrundlage erarbeitet, um zu einer allgemein machbaren Lösung zu kommen. In Arbeitskreisen wurden realistische Alternativen mit wesentlich mehr Grün als in der ursprünglichen Planung erarbeitet. Auch die Bürgerinitiative musste Zugeständnisse machen. Um den Ängsten des Bezirksamtes vor der Verwilderung von Grünflächen zu begegnen, wurde angedacht, Patenschaftsverträge zur Pflege von Grünflächen zwischen dem Verein Bürgersteig e. V. und dem Bezirksamt abzuschließen. Bürgersteig e. V. wird somit als Mittler zwischen dem Bezirksamt und Paten fundieren.

Das Beispiel Oderberger Straße zeigt, dass durchaus demokratische Bürgerbeteiligung machbar ist, wenn beide Seiten, Bürger und Bezirksamt, konstruktiv zusammenarbeiten und eine Vertrauensbasis aufbauen können.



Angeregtes Gespräch mit Frank Möller von BIOS / Foto: Karge

17.11.2008

Die Lokale Agenda 21 konkret nehmen!

Beispiel Oderberger Straße: AnwohnerInnen engagieren sich bei der Gestaltung ihres Wohnumfelds

Die Oderberger

Die Oderberger Straße mit ihren alten Bäumen, malerisch bewachsenen Freiflächen und Baumscheiben, Hochbeeten und pittoresk ausladenden Pflanzkübeln vor den zahlreichen Kneipen, Cafés, Trödel- und Klamottenläden verströmt den typischen Flair des Prenzlauer Bergs, von dem die Reiseführer schwärmen. – Angesichts der zur Verfügung stehenden Summe von 2,5 Mill. Euro aus dem Bundesprogramm Städtebaulicher Denkmalschutz schien die Straße Behördenaugen jedoch plötzlich in gefährlich illegalem Zustand, und ausgerechnet ein grüner Stadtrat für Öffentliche Ordnung wollte sie einer denkmalgerechten Grundsanierung unterwerfen, der angeblich 90 Prozent des sog. Wildwuchses und auch die meisten Bäume zum Opfer gebracht werden sollten.

Beispiele wie Metzlerstraße oder Weberwiese in Friedrichshain mit ihrem kümmerlichen, auf Stock gesetzten Reststrauchbestand zeigen, mit welcher phantasielos-sterilen, aber pflegeleichten Konzepten hier immer noch vorgegangen wird. – Die AnwohnerInnen des Oderberger Kiezes, schon zu DDR-Zeiten mit behördlichen Ansinnen von derlei Radikalkuren konfrontiert, setzten sich indes auch diesmal unverzüglich zur Wehr, formierten sich in der Bürgerinitiative Oderberger Straße (BIOS) und forderten (zunächst) in umgekehrter Radikalität, dass alles so bleibe, wie es ist.



Beispiel Metzlerstraße: so nicht!



Gartenkneipe

In Anbetracht des Zustands von Fahrbahn und Gehwegen kann das freilich niemand ernsthaft wollen, und als Ergebnis der Sitzung des Verkehrsausschusses am vergangenen Dienstag, in der schließlich ein Antrag der Mehrheitsfraktion von SPD und Linkspartei angenommen wurde, scheint sich ein Kompromiss abzuzeichnen, dem sich die BVV nicht verschließen wird: Der erste Planungsentwurf ist erst mal vom Tisch, der grüne Charakter der Oderberger Straße als Ausdruck eines ernst zu nehmenden Gestaltungswillens der Bürgerinnen und Bürger soll erhalten und in enger Zusammenarbeit von BIOS und Betroffenenvertretung Teutoburger Platz einerseits, dem Pankower Bezirksamt andererseits ein neues Planwerk erarbeitet werden, das nun im Gegenteil den Grünanteil der Straße durch Pflanzung neuer Straßenbäume noch erhöht. "Der Geist der Oderberger ist uns wichtig", versicherte Stadtrat Kirchner gegenüber der TAZ. "Es ist für mich von großem Interesse zu wissen, was die Bürger wollen". Vor 2009 wird die Umgestaltung nicht beginnen, aber der NABU rät den BürgerInnen, von Anbeginn auf einen verbindlichen Zeitrahmen zu dringen.

Ein Biologe will nun eine Bestandsaufnahme von Flora und Fauna durchführen, wobei sicherlich eingeräumt werden muss, dass aus naturschutzfachlicher Sicht sog. Straßenbegleitgrün nicht übermäßig wertvoll ist, d. h. kein Habitat gefährdeter Arten; doch es ist aus einer Vielzahl ökologischer Gründe als gewachsenes Biotop und Lebensraum einer gerade im urbanen Raum unvermuteten natürlichen Mannigfaltigkeit im Zeitalter des Artensterbens nicht nur im Interesse der Lebensqualität der AnwohnerInnen, als Feinstaubfilter oder Gelegenheit zum Naturerlebnis, sondern sehr wohl auch für sich selbst schützenswert und seine Erhaltung notwendiger Einspruch gegen die immer fortschreitende Versiegelung. – Im Hinblick auf die finanzielle und personelle Ausstattung der Grünflächenämter ist den BürgerInnen ferner zu raten, selber einen Pflegeplan zu entwickeln und mit dem Bezirksamt verbindliche Pflegeverträge abzuschließen, Baumpatenschaften u. ä. zu übernehmen.



Aus der Laterne...



Fotos: Paliege

Paradox in der ganzen Angelegenheit wirkt natürlich das Festhalten eines Großteils der AnwohnerInnen an der Beibehaltung der Parkplätze. 260 Stellplätze waren geplant. Demgegenüber wäre zusammen mit der Forderung nach kinderfreundlicher und barrierefreier Gestaltung auch die einer autofreien Straße nur konsequent! – Beim Auftreten von Problemen können die BürgerInnen jedenfalls den NABU jederzeit um Hilfe und Unterstützung angehen!

11.10.07

Ältere Beiträge